

des Vorschlages auch zum drittenmal nicht anerkennen sollte. Nur auf diesem Wege, meinen sie, werde allein das Aeußerste umgangen und das Volk verhindert, zur Durchsetzung seines Willens das Mittel revolutionärer Gewaltthat zu ergreifen.

Die Minorität ist dagegen der Meinung, daß allen künftig möglichen Revolutionen durch Papierschancen und gefestigte Tinte nicht begegnet werden kann. Sie verharret mit dem Berichterstatter dabei, daß es lediglich bei dem vorliegenden Texte der Verfassung zu belassen, und daß der königlichen Gewalt dasselbe absolute Unterfügungs-Recht in der Gesetzgebung zukommen muß, welches einer der Kammern gegen die beiden andern Träger der Gewalt zustanden wird.

Sollen die vorhin aufgestellten drei Träger der höchsten Staats-Gewalt, also die beiden Kammern und die den Kammern verantwortlichen Minister des Königs — durch welche allein der König handelt — in der Gesetzgebung als wirkliche Gewalten gelten, so müssen sie überall und gleichmäßig von einander unabhängig sein; sie müssen gleich hoch und gleich herrlich neben einander stehen, also müssen sie auch gleich mächtig sein. Sobald aber zwar das Ja des Einen so viel gilt als das Ja des Andern, beim Nein der Gewalten findet jedoch nicht dasselbe Statt, so ist sofort die Ungleichheit da, und für die im Nein beschränkte s. g. Gewalt haben wir alsbald schon dem Begriffe nach, und noch mehr im praktischen Leben Unterordnung und Umnacht. Also ist sie dann keine Gewalt mehr, sie ist nur noch ein Scheinding, ein zum Kopfnicken hergestellter Schatten, und nach der Sprechweise der Republikaner eine Puppe auf dem Throne, die den Kopf nur lothrecht, bei Leibe aber nicht wasserrecht bewegen darf. Ein solches Wesen mag allenfalls König heißen, ist es aber nicht, es könnte eben so gut Präsident oder noch verständlicher Volksbeamter heißen; ein wirklicher und konstitutioneller König ist kein Beamter, er hat sein eigenes Gesicht, er schüttelt das Haupt nach seinem eigenen pflichtmäßigen Ermessen und bekundet seinen selbstberechtigten Willen durch die verantwortlichen Minister. — Sobald nur die Einsicht gewonnen ist und festgehalten wird, daß der konstitutionelle König nimmermehr außerhalb des Volkes steht, vielmehr ein eigenster Theil des Gesamtvolfes ist, wie jene Kron-Eiche zum Walde gehört, wenn sie auch ihre Umgebung überragt, und daß dieser König gerade zum Schutze und Wohle des übrigen Volkes bei der Gesetzgebung eine wahre Gewalt sein und haben muß, dann wird von allem jenem Scheinwerke gänzlich abgestanden werden. Selbst dem gewöhnlichen Engländer ist dies gang und gäbe. Die von ihm hoch gehaltenen Gesetze entfließen dem Parlamente, zum Parlamente gehören aber in gleicher Berechtigung und Macht die drei Gewalten: die beiden Häuser und der König. —

Fortsetzung folgt.

Deutschland.

Berlin, 8. Febr. Der bis zur Berathung im Staats-Ministerium verbreitete Gesetz-Entwurf, die Regulirung der gutherrlichen und bürgerlichen Verhältnisse betreffend, stimmt, soweit er gleichzeitig die unentgeltliche Aufhebung einer großen Reihe von Lasten und Abgaben verordnet, fast wörtlich mit den Vorschlägen der zu diesem Zweck von der aufgelösten National-Versammlung niedergesetzten Kommission überein. Die freilich über die Grenzen dieser Vorschläge oft weit hinaus gehenden Anträge einer großen Zahl von Abgeordneten, namentlich der Provinz Schlessen, haben in der Vorlage des gegenwärtigen Ministeriums, so weit eine oberflächliche Einsicht in dieselbe zu erkennen, Gelegenheit gegeben, keine allzu große Berücksichtigung gefunden. Ohne alle Beschränkung wird die unentgeltliche Aufhebung der Lehnsherrschaft und der lediglich aus ihr entspringenden Rechte, mit Ausnahme der Thronlehne, der Eigenthumsrechte der Erbzins-herrn und Erbpächters, des grund- und gutherrlichen Obereigenthums und der mit diesem zusammenhängenden Leistungen, der aus der Gerichtsbarkeit entspringenden Lasten und einer großen Zahl verschiedener anderer Abgaben und Prästationen vorgeschlagen. Das mit diesem Gesetz-Entwurf verbundene Ablösungs-Gesetz spricht als allgemeines Prinzip aus: „Die auf den Grundstücken lastenden Reallasten sind ablösbar.“ Bei den näheren Bestimmungen scheinen die Gesetzes-Vorlagen der Herren Hansemann und v. Patow zu Grunde gelegt zu sein. Der Entwurf umfaßt 86 Paragraphen. Aus den Einleitungsworten erhellt, daß das Ministerium das betreffende Gesetz nicht zu oktroyiren, sondern der Kammer vorzulegen beabsichtigt, wie dies auch das Patent vom 5. Dez. v. J. verheißt. D. R.

Berlin, 7. Februar. Die Stadtverordneten-Versammlung hat gestern beschlossen: In der Voraussetzung, daß die bestehenden Gesetze ausreichen, Ruhe, Ordnung und Sitte in Berlin aufrecht zu erhalten, wird der Magistrat ersucht, auf das schleunigste Schritte für die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes zu thun (mit 37 gegen 36 Stimmen).

Berlin, 8. Febr. Die seitherigen Wahlnachrichten ergeben ein Uebergewicht zu Gunsten der konservativen Partei. Nicht allein, daß viele der bedeutendsten Vorkämpfer der konservativen Sache, wie Hr. v. Vincke, v. Bodelschwingh, Harfort, v. Bismark-Schönhausen, Graf v. Arnim u. A. m. gewählt sind — auch das numerische Uebergewicht ist bis jetzt auf dieser Seite. Freilich fehlen noch die Nachrichten aus Preußen, Posen und vom Rhein, so wie aus einem großen Theile Westphalens und Schlessens. Aber das Verhältniß dürfte doch höchstens sich nur dahin ändern, daß die conservative und die oppositionelle Seite der zweiten Kammer sich der Zahl nach die Waage hielten. Und zeigte sich selbst eine oppositionelle Mehrzahl, so hat diesmal die conservative Seite Vertreter von einer solchen geistigen Bedeutsamkeit, daß das moralische Gewicht einer konservativen Minorität widersinnige und übergreifende Beschlüsse einer radikalen Majorität in den Augen der besonnenen Bevölkerung gänzlich wirkungslos machen würde. Die Zusammensetzung der Kammer zeigt sich schon jetzt so, daß man versichert sein kann, die republikanischen Umtriebe werden keine widerstandslosen Siege mehr erkämpfen.

Die Berliner Garnison wird in diesen Tagen noch eine Verstärkung von 5000 Mann Infanterie erhalten. Einige Abtheilungen Kavallerie werden wahrscheinlich wieder aus der Stadt auf die Dörfer verlegt. Von einer baldigen Aufhebung des Belagerungszustandes ist noch gar keine Rede. Vorgestern haben die Stadtverordneten den bereits zum dritten Male wiederholten Antrag, sich für die Aufhebung zu verwenden, endlich angenommen; es steht indessen nicht zu erwarten, daß die Verwendung eine Aenderung in der Lage der Dinge bewirken werde. —

Die hiesige demokratische Partei ist nach ihrem ersten Jubel über den Ausfall der Wahlen jetzt bedeutend niedergeschlagen, weil so Viele aus ihren Reihen durchgefallen sind. Sie setzt ihre ganze Hoffnung noch auf Posen und die Rheinprovinz. — Gestern waren d'Esler und Heramer aus Köthen hier, um Rücksprache mit den hiesigen Demokraten zu nehmen. — Hr. Waldeck will seinen neuen Club in Colosseum versammeln.

Das Comité für volksthümliche Wahlen will auch die drei nachträglichen Wahlen auf Häupter der Demokratie zu lenken suchen. Aus-sicht zur Wahl sollen Heinr. Simon, Bruno Bauer und Affessor Baalzwow haben.

Danzig, 4. Februar. Von der hiesigen Kaufmannschaft wurde vor einigen Tagen bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine Vorstellung wegen des zu besorgenden Wiederausbruchs der Feindseligkeiten mit Dänemark eingereicht. Der darauf ergangene Bescheid lautet folgendermaßen:

„Auf Ihre Vorstellung vom 4. d. M., die Friedensunterhandlungen mit Dänemark betreffend, nehme ich keinen Anstand, Ihnen zu erwidern, daß die königliche Regierung nach Kräften bemüht sein wird, ungeachtet der Schwierigkeiten, welche einer befriedigenden Lösung der mit Dänemark obwaltenden Umstände entgegenstehen, dieselbe zur definitiven Erledigung zu bringen. Jedenfalls werden die angestregten Bemühungen der königlichen Regierung auf eine friedliche Ausgleichung gerichtet bleiben.“

„Sollte dessenungeachtet der entgegengesetzte Fall eintreten, so dürfte der Art. 1. des mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes, wo nach dem Ablauf des letztern eine einmonatliche Kündigung vorhergehen muß, dem preussischen Handels- und Rhederstande ein geeignetes Mittel an die Hand geben, um sich wenigstens gegen etwaigen direkten Schaden zu schützen.“

Berlin, den 1. Februar 1849.

**** Frankfurt, 8. Februar.** In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wurden von den noch rückständigen Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte die §. 21 und 22 in folgender Fassung angenommen:

„§ 21. Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertreter und an die Reichs-Versammlung zu wenden. Das Recht kann sowohl von Einzelnen, als von Mehreren ausgeübt werden. § 22. Eine vorgängige Zustimmung der Behörden ist nicht erforderlich, um öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Handlungen gerichtlich zu verfolgen. Die Verantwortlichkeit der Minister ist besonderen Bestimmungen vorbehalten.“

**** Frankfurt, 8. Februar.** Der Entwurf des Reichsgesetzes: „über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause“ wird der National-Versammlung nächsten zur Berathung vorgelegt werden; derselbe lautet, wie folgt:

Für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause sollen folgende Bestimmungen gelten. Art. 1. §. 1. Wähler ist jeder selbständige, unbescholtene Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 2. Als nicht selbständig, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen, oder über deren Vermögen Concurs- oder Fallit-Zustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar